

Zürcher Migrationskonferenz vom 27. September 2012

Die Schweiz im Spannungsfeld von wirtschaftlicher Öffnung und Integration – Zusammenfassung des Referats von Daniel Binswanger, Journalist, Zürich

Binswanger nimmt in seinem Referat Bezug auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche auch die Integrationsfähigkeit eines Staates determinieren. In seiner vorgestellten These erkennt er einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Deprivation und der Neigung zu rechtsextremen Positionen.

Er bringt Griechenland als Beispiel für ein europäisches Land, das zurzeit schweren Prüfungen unterworfen ist. Bei seinem kürzlich stattgefundenen Besuch zeigten ihm die Gespräche mit vielen Repräsentanten, dass nicht erwartungsgemäss die Krise per se im Fokus steht, sondern immer wieder die Ausländerproblematik als zentrales Kernproblem identifiziert wird. So wird der Nährboden für rechtsextreme Parteien geschaffen, welche in den letzten Jahren grosse Gewinne verzeichnen konnten. Dies löste eine starke Dynamik aus mit dem ganzen Repertoire der faschistischen Aktionsformen, wobei die Einwanderer als willkommene Sündenböcke dienen.

Anhand des Vergleichs zwischen dem BIP der Schweiz und desjenigen von Griechenland zeigt er auf, dass genau mit dem Beginn der Wirtschaftskrise in Griechenland ab 2006 und der gleichzeitig zunehmenden Fluchtmigration aus dem nahen Osten und Afrika auch das Aufkommen einer rechtsextremen Strömung festzustellen ist. Erstaunlich dabei ist, dass Griechenland, welches bis zu den 90er Jahren kein Einwanderungsland war, bis zur grossen Wirtschaftskrise problemlos die Einwanderung von Migranten aus den Nachbarländern, insbesondere albanischer Herkunft, bewältigt hat.

Griechenlands Bevölkerung hat in den letzten Jahren um eine Million zugenommen, was einem Zuwachs von 10% entspricht.

Für die Mehrheit der griechischen Bevölkerung sind Armut und Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Zunahme der Kriminalität zwangsläufig durch die Einwanderung bedingt und bilden die Hauptkristallisationspunkte ihrer Frustration.

Auch die Schweiz verzeichnete Mitte der 90er Jahre eine massive Einwanderung, insbesondere aus dem Balkan, und wies gleichzeitig eine hohe Arbeitslosenquote auf. Binswanger sieht eine Parallele zu Griechenland, was den Aufwind der SVP betrifft, ohne die SVP mit einer rechtsradikalen Partei vergleichen zu wollen. Trotzdem begründet sich der Anstieg der Wählerschaft von 11,1% im Jahr 1991 bis zu einer Quote von 28.9% 2007 sicher mit der damaligen schlechten wirtschaftlichen Lage und der gleichzeitigen massiven Einwanderung von Personen aus den Balkanländern. Die SVP ist sozusagen an der Ausländerthematik gewachsen.

Mit der neuen Zuwanderung von vorwiegend gut qualifizierten Personen aus der EU nimmt die Migration in der Schweiz zu, aber die SVP legt keine Gewinne mehr zu. Binswanger begründet dies mit der aktuellen positiven wirtschaftlichen Lage, welche eigentlich durch ein Dilemma geprägt ist: denn sie ist durch die Einwanderung getrieben, vor allem aufgrund des Ausbaus des Arbeitsangebots, während das Produktivitätswachstum gleichzeitig im internationalen Vergleich eher schwach ist.

Auch wenn die Ausländerthematik zurzeit weniger beunruhigend ist, muss die Diskussion im Auge behalten werden. Es hat zwar eine Umschichtung stattgefunden: während in den 90er Jahren die Migration von eher Bildungsfernen und Niedrigqualifizierten im Mittelpunkt stand, wird sie im Zuge der Bilateralen Verträge durch gut qualifiziertes Fachpersonal geprägt. Die jüngste Geschichte zeigt, dass auch hier Ressentiments entstehen können, vor allem bei der Mittelschicht, welche um mangelnde Wohnungen oder Arbeitsplätze fürchtet, wobei der Sündenbockmechanismus schliesslich auf die untersten Schichten zurückgreift. Hier appelliert Binswanger an die anwesenden Stadträte, entsprechende kompensatorische Massnahmen in der Wohnungsbau- und Lohnpolitik zu überprüfen.

Eine Massnahme liegt sicher in der generell besseren Ausbildung der einheimischen Bevölkerung, wodurch der Bedarf an Zuwanderung gesenkt werden könnte. Zudem muss auch die Ausrichtung der Diplome im internationalen Vergleich verbessert werden, denn die Schweizerinnen und Schweizer scheinen durch die Inkompatibilität oftmals weniger gut qualifiziert. Er betont zum Schluss, dass Bildungsmassnahmen allein aber die massive Zuwanderung nicht bremsen werden können und dass die gefühlte Benachteiligung der Aufnahmegesellschaft ernst zu nehmen ist.

Zusammenfassung:
Cristiana Baldauf
Integrationsförderung, Projektleiterin